

II-148 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 107 J

A N F R A G E

1983 -07- 06

der Abgeordneten Steinbauer
und Genossen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend Verschwendung von Steuergeldern durch den Bau des
Konferenzpalastes

1,36 Mio. Österreicherinnen und Österreicher haben sich im Rahmen des größten Volksbegehrens in der Geschichte Österreichs gegen den Bau eines zusätzlichen Konferenzpalastes bei der UNO-City ausgesprochen. Die Milliarden der Steuerzahler sollten für 12.000 neue Wohnungen eingesetzt und nicht für einen unnützen Konferenzpalast verschwendet werden.

Die sozialistische Alleinregierung unter Bundeskanzler Dr. Kreisky hat als Antwort auf dieses Volksbegehren mit dem Bau begonnen, noch ehe der Wille der Bürger im Parlament behandelt werden konnte.

Auf Anordnung des damaligen Bundeskanzlers Dr. Kreisky hat dann die sozialistische Fraktion des Nationalrates den Wunsch der Mehrheit der österreichischen Bevölkerung, auf den Bau des Konferenzmonsters zu verzichten, abgelehnt.

Alle Versuche der Volkspartei, dem Willen der 1,36 Mio. Unterzeichner des Volksbegehrens zum Durchbruch zu verhelfen, scheiterten am "Nein" der Regierung Kreisky.

Nach den Nationalratswahlen am 24. April 1983 hat sich gezeigt, daß in der sozialistischen Koalitionsregierung große Unsicherheit über die Zweckmäßigkeit und die Wirtschaftlichkeit des Konferenzpalastes entstanden ist.

-2-

Verschiedene Mitglieder der sozialistischen Koalitionsregierung kündigten die Fertigstellung des Konferenzpalastes in einer sogenannten "Sparvariante" an.

In der Regierungserklärung der sozialistischen Koalitionsregierung wird sodann jedoch nicht mehr von einer "Sparvariante", sondern nur von einer Fertigstellung des Konferenzpalastes "in kostengünstigster Weise" gesprochen.

Angesichts dieser Formulierung in der Regierungserklärung stellt sich die Frage, inwieweit bisher die Fertigstellung des Konferenzpalastes nicht in kostengünstigster Weise beabsichtigt war.

In der Fragestunde des Wiener Gemeinderates am 10. Juni 1983 erklärte der Finanzstadtrat der Gemeinde Wien, Mayr, daß er von der angekündigten "Sparvariante" nichts wisse. Ebenso hielt Finanzstadtrat Mayr, fest, daß sich die Stadt Wien nicht an den Erhaltungs- und Betriebskosten des Konferenzentrums nach dessen Fertigstellung beteiligen wolle. Er erklärte sich nur dann bereit, an den Betriebskosten des Konferenzentrums mitzuzahlen, wenn die Gemeinde Wien in gleicher Höhe durch den Bund bei anderen Projekten entlastet würde, sodaß per Saldo keine zusätzliche Belastung für die Stadt Wien eintrete.

In einem Artikel der Tageszeitung "Die Presse" stellen sowohl der IAKW-AG Vorstandsvorsitzende Dr. Auracher als auch der Aufsichtsratspräsident der IAKW-AG Pertusini fest, daß bisher der Finanzminister als Eigentümerversorger keinerlei Weisung erteilt hat, das Bauvolumen zu verkleinern bzw. den Bau nur mehr in einer "Sparvariante" durchzuführen. Die Äußerungen der leitenden Herren der IAKW-AG lassen vielmehr vermuten,

-3-

daß die "Sparvariante" nur darin besteht, daß es auf Grund der wirtschaftlichen Situation zu Preisermäßigungen durch die den Bau ausführenden Firmen kommen könnte.

Angesichts der ungeklärten Details in bezug auf die Fertigstellung des Österreichischen Konferenzentrums in "kostengünstigster Weise" und der Weigerung der Stadt Wien sich am zu erwartenden Betriebsdefizit des Österreichischen Konferenzentrums zu beteiligen, stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Finanzen folgende

A n f r a g e :

1. Welche konkreten Einsparungen beabsichtigt die sozialistische Koalitionsregierung beim Bau des Konferenzpalastes vorzunehmen?
2. Existiert die groß angekündigte "Sparvariante" überhaupt, nachdem der Vorstandsvorsitzende der IAKW-AG, Dr. Auracher, in einer Meldung der Tageszeitung "Die Presse" mitgeteilt hat, daß Änderungen des Bauvolumens nicht angeordnet wurden?"
3. In welchen Bereichen war, nachdem nunmehr in der Regierungserklärung der sozialistischen Koalitionsregierung nicht mehr von einer "Sparvariante", sondern nur von einer Fertigstellung des Konferenzentrums in "kostengünstigster Weise" die Rede ist, bisher nicht vorgesehen, das Konferenzzentrum in der kostengünstigsten Weise fertigzustellen?
4. Wie ist Ihre Stellungnahme zur Weigerung der Stadt Wien, sich an den Betriebskosten des Österreichischen Konferenzentrums zu beteiligen?